



## Veränderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2019

Lfd. Nr. P9 (SUVA)

<b>Antragsteller:</b> Amt + Name	SPD	<b>Datum:</b>	11.11.2018
-------------------------------------	-----	---------------	------------

**Produkt:** 120110

**Sachkonto:** 688110

**Bezeichnung:** Einzahlungen aus Beiträgen

Jahr	alt	neu	Differenz
<b>2019</b>	Ansatz alt	Ansatz neu	
<b>2020</b>	750.000 €	0 €	-750.000 €
<b>2021</b>	314.000 €	0 €	-314.000 €
<b>2022</b>	78.000 €	0 €	-78.000 €

### **Begründung – unbedingt erforderlich:**

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Haan beantragt, dass die Straßenausbaubeiträge für Maßnahmen, die ab dem Jahr 2018 begonnen wurden, bis auf weiteres ausgesetzt werden.

(siehe Antrag)

**siehe auch Antwort MHKBG, letzte Seite**

- 
- 20-1:        - in Änderungsliste erfasst:  
              - in H+H eingeplant:



SPD-Ratsfraktion Kaiserstr. 13 42781 Haan

---

Bürgermeisterin der Stadt Haan  
 Frau Dr. Bettina Warnecke  
 Rathaus  
 Kaiserstraße 85

42781 Haan

per Mail

## Ratsfraktion Haan

Kaiserstr.13  
 42781 HAAN  
 Telefon: (02129) 4622  
 Mail: [spd-haan@t-online.de](mailto:spd-haan@t-online.de)  
 Internet: [www.spd-haan.de](http://www.spd-haan.de)

11.11.18

### Haushalt 2019

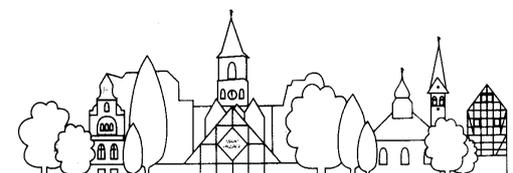
Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Haan beantragt, dass die Straßenausbaubeiträge für Maßnahmen, die ab dem Jahr 2018 begonnen wurden, bis auf weiteres ausgesetzt werden.

#### **Begründung:**

Die Straßenausbaubeiträge, mit denen die Bürgerinnen und Bürger belastet werden, sind in der Bundesrepublik uneinheitlich geregelt. In einigen Ländern (z.B. Baden-Württemberg) werden keine Straßenausbaubeiträge erhoben. Hamburg, Berlin und Bayern haben sie gerade rückwirkend zum Jahresbeginn 2018 abgeschafft. Auch der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen hat sich des Themas angenommen. Eine Neuregelung ist zu erwarten. Angestrebt wird eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Die Straßenausbaubeiträge sind in erhebliche Kritik geraten, da die Beitragsbelastungen für die betroffenen Grundstückseigentümer im Einzelfall sehr hoch sind und bis in den vier- und sogar fünfstelligen Bereich reichen können. Die hohen Beitragsforderungen bringen viele Beitragspflichtige in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. In den letzten Jahren ist es in diesem Zusammenhang zu einer steigenden Zahl von Rechtsbehelfsverfahren gekommen. Auch die Möglichkeit der von Stundungen und Ratenzahlungen können die dargestellte Problematik der starken finanziellen Belastung von

SPD-Fraktion	Vorsitzender:	Bernd Stracke
Haan	Vertreter und Pressesprecher:	Jörg Dürr
	Geschäftsführer:	Walter Drennhaus

Bankverbindung: Stadtparkasse Haan  
 Konto-Nr. 223 453 • BLZ: 303 512 20



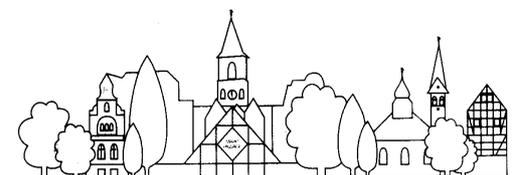
Grundstückseigentümer\*innen nicht beseitigen. Die derzeitige Rechtslage berücksichtigt nicht die persönliche und wirtschaftliche Situation der Betroffenen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Stracke".

Bernd Stracke  
(Fraktionsvorsitzender)

SPD-Fraktion Vorsitzender: Bernd Stracke  
Haan Vertreter und Pressesprecher: Jörg Dürr  
Geschäftsführer: Walter Drennhaus

Bankverbindung: Stadtparkasse Haan  
Konto-Nr. 223 453 • BLZ: 303 512 20



**Anja Esser - Wtrlt: Fwd: WG: Erhebung von Straßenausbaubeiträgen; hier Moratorien zur (vorläufigen) Zurückstellung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen**

---

**Von:** Doris Abel  
**An:** Anja Esser  
**Datum:** 27.11.2018 10:02  
**Betreff:** Wtrlt: Fwd: WG: Erhebung von Straßenausbaubeiträgen; hier Moratorien zur (vorläufigen) Zurückstellung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen  
**Anlagen:** image011.png; image017.png; image013.png; image014.jpg; image020.png; image011.png; image012.png; image013.png; image014.jpg; image015.png; 2018\_11\_20 Antrag als LT-Drs MMD17-4300.pdf; Doris Abel.vcf

---

>>> Buergermeisterin <buergermeisterin@stadt-haan.de> 27.11.2018 08:25 >>>

Dem Antrag ist inzident zu entnehmen, dass von den Regierungsfractionen – jedenfalls derzeit – eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wohl nicht intendiert ist.  
 Es bleibt vorerst alles wie es ist.

Anfang der weitergeleiteten Nachricht:

**Von:** "Biesewinkel, Andreas" <[andreas.biesewinkel@kreis-mettmann.de](mailto:andreas.biesewinkel@kreis-mettmann.de)>  
**Datum:** 27. November 2018 um 07:39:03 MEZ  
**An:** "Haan Buergermeisterin" <[Haan.Buergermeisterin@stadt-haan.de](mailto:Haan.Buergermeisterin@stadt-haan.de)>, "Erkrath" <[buergermeister@erkrath.de](mailto:buergermeister@erkrath.de)>, "Heiligenhaus" <[m.beck@heiligenhaus.de](mailto:m.beck@heiligenhaus.de)>, "Hilden" <[birgit.alkenings@hilden.de](mailto:birgit.alkenings@hilden.de)>, "Langenfeld" <[buergermeister@langenfeld.de](mailto:buergermeister@langenfeld.de)>, "Mettmann" <[buergermeister@mettmann.de](mailto:buergermeister@mettmann.de)>, "Monheim a.R." <[dzimmermann@monheim.de](mailto:dzimmermann@monheim.de)>, "Ratingen" <[buero.buergermeister@ratingen.de](mailto:buero.buergermeister@ratingen.de)>, Wülfrath <[buergermeisterin@stadt.wuelfrath.de](mailto:buergermeisterin@stadt.wuelfrath.de)>, "Velbert" <[dirk.lukrafka@velbert.de](mailto:dirk.lukrafka@velbert.de)>  
**Betreff: WG: Erhebung von Straßenausbaubeiträgen; hier Moratorien zur (vorläufigen) Zurückstellung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen**

**An alle kreisangehörigen Gemeinden:**

–  
 Sehr geehrte Damen und Herren,

im Nachgang zu der Mail vom 20.11.2018 in der o.g. Angelegenheit bitte ich die nachfolgende Information des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen zu beachten.

Mit freundlichen Grüßen  
 Im Auftrag  
 Andreas Biesewinkel

-----  
**Andreas Biesewinkel**

Kreis Mettmann  
 Der Landrat

Kämmerei  
-Kommunalaufsicht, ÖPNV-  
Düsseldorfer Str. 26  
40822 Mettmann

Tel.: [02104 - 991441](tel:02104-991441)

Fax: [02104 - 994403](tel:02104-994403)

Raum. 1.206

E-Mail: [andreas.biesewinkel@kreis-mettmann.de](mailto:andreas.biesewinkel@kreis-mettmann.de)

oder: [kommunalaufsicht@kreis-mettmann.de](mailto:kommunalaufsicht@kreis-mettmann.de)

oder: [nahverkehr@kreis-mettmann.de](mailto:nahverkehr@kreis-mettmann.de)

Homepage: [www.kreis-mettmann.de](http://www.kreis-mettmann.de)

**Bitte beachten Sie, dass die Kreisverwaltung Mettmann aufgrund aktueller IT-Gefahrenwarnungen derzeit nur Anhänge im Format PDF. oder TXT. annimmt. Ich bitte um Ihr Verständnis!**

---

**Von:** Längen, Hans-Peter (MHKBG) [<mailto:hans-peter.luengen@mhkgb.nrw.de>]

**Gesendet:** Mittwoch, 21. November 2018 10:11

**An:** 'post31@brdt.nrw.de'; 'dezernat31@bra.nrw.de'; 'dezernat31@bezreg-koeln.nrw.de'; 'dez31@brms.nrw.de'; Dezernat31

**Cc:** von Kraack, Christian (MHKBG); FP-R305 (MHKBG)

**Betreff:** WG: Erhebung von Straßenausbaubeiträgen; hier Moratorien zur (vorläufigen) Zurückstellung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen

Sehr geehrte Kollegen/innen,

im Nachgang zu meiner nachstehenden Mail vom 16.11.2018 übersende ich Ihnen einen Antrag der Regierungsfractionen vom 20.11.2018 zu der Thematik der Novellierung der straßenausbaubeitragsrechtlichen Regelungen des KAG NRW. Dem Antrag ist inzident zu entnehmen, dass von den Regierungsfractionen – jedenfalls derzeit – eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wohl nicht intendiert ist. Demzufolge ist nach derzeitigem Erkenntnisstand die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in NRW als eher unwahrscheinlich anzusehen. Ich bitte auch diese Info, an die unteren Kommunalaufsichtsbehörden (Landräte) weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Hans-Peter Längen  
Referat 305  
Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden,  
Kommunalabgaben

Ministerium für Heimat, Kommunales,  
Bau und Gleichstellung  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Jürgensplatz 1, 40219 Düsseldorf  
Telefon: [+49 \(0\)211 8618 5587](tel:+49(0)21186185587)  
Telefax: [+49 \(0\)211 8618 54444](tel:+49(0)211861854444)

E-Mail: [Hans-Peter.Luengen@mhkbg.nrw.de](mailto:Hans-Peter.Luengen@mhkbg.nrw.de)

Internet: [www.mhkbg.nrw](http://www.mhkbg.nrw)

---

**Von:** Längen, Hans-Peter (MHKBG)

**Gesendet:** Freitag, 16. November 2018 10:45

**An:** '[post31@brdt.nrw.de](mailto:post31@brdt.nrw.de)'; '[dezernat31@bra.nrw.de](mailto:dezernat31@bra.nrw.de)'; '[dezernat31@bezreg-koeln.nrw.de](mailto:dezernat31@bezreg-koeln.nrw.de)'; '[dez31@brms.nrw.de](mailto:dez31@brms.nrw.de)'; '[Dez31.Bueroleitung@brd.nrw.de](mailto:Dez31.Bueroleitung@brd.nrw.de)'

**Cc:** FP-R305 (MHKBG); von Kraack, Christian (MHKBG)

**Betreff:** Erhebung von Straßenausbaubeiträgen; hier Moratorien zur (vorläufigen) Zurückstellung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen

Sehr geehrte Kollegen/innen,

Im Hinblick auf die im Betreff genannten Angelegenheit gebe ich nachfolgenden Hinweis zum Umgang der Kommunalaufsichtsbehörden mit dieser Thematik. Ich bitte den nachstehenden Hinweis auch an die unteren Kommunalaufsichtsbehörden (Landräte) weiterzuleiten.

„In verschiedenen Gemeinden ist auf Grund von Ratsentscheidungen oder Entscheidungen der OB/BM beabsichtigt, vor dem Hintergrund der von dem Bund der Steuerzahler initiierten Volksinitiative und eines Gesetzesantrages der SPD-Fraktion (LT-Drs. 17/4115), die jeweils die Abschaffung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen anstreben, zumindest vorläufig von der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen abzusehen. In diesem Zusammenhang ist auf den allgemeinen Grundsatz hinzuweisen, dass Gesetze bis zu ihrem Außerkrafttreten anzuwenden sind. Bei der derzeitigen Regelung handelt es sich nach § 8 Abs. 1 KAG NW um eine „Soll-Regelung“, die regelmäßig eine Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen indiziert. Im Hinblick auf ein vorläufiges Absehen von der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist auf die Gefahr hinzuweisen, dass das Zurückstellen der Beitragserhebung zu einem Eingreifen der vierjährigen Festsetzungsverjährungsfrist führen könnte. Kommt es auf Grund der Zurückstellung der Beitragserhebung zu einer Festsetzungsverjährung, indiziert dies regelmäßig Regressansprüche gegen die jeweils verantwortlichen kommunalen Entscheidungsträger. Dies können je nach Sachverhalt nicht nur Angehörige der Kommunalverwaltung (einschließlich OB/BM), sondern auch Ratsmitglieder sein.“

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Hans-Peter Längen

Referat 305

Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden,  
Kommunalabgaben

Ministerium für Heimat, Kommunales,  
Bau und Gleichstellung  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Jürgensplatz 1, 40219 Düsseldorf

Telefon: [+49 \(0\)211 8618 5587](tel:+49(0)21186185587)

Telefax: [+49 \(0\)211 8618 54444](tel:+49(0)211861854444)

E-Mail: [Hans-Peter.Luengen@mhkbq.nrw.de](mailto:Hans-Peter.Luengen@mhkbq.nrw.de)

Internet: [www.mhkbq.nrw](http://www.mhkbq.nrw)

---